

Anfrage von Daniel Frei (SP, Niederhasli)
betreffend Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden im Kanton Zürich

Die Erwerbsquote von Asylsuchenden hat sich schweizweit in den letzten Jahren deutlich reduziert. Arbeiteten im Jahr 2008 noch 11 Prozent der Asylsuchenden, waren es im Jahr 2013 noch 6.5 Prozent. Im Kanton Zürich hat sich der Wert im gleichen Zeitraum von 14 Prozent auf 2 Prozent reduziert. Der Kanton Zürich verfolgt eine sehr restriktive Praxis bei Arbeitsbewilligungen für Asylsuchende und erlaubt die Arbeitstätigkeit nur in wenigen Bereichen:

- Landwirtschaft, Gemüsebau, Gärtnereien, Gartenbau, Forstwirtschaft, Sägereien
- Betriebe der Bauwirtschaft
- Spitäler, Heime, Anstalten (Pflege und Ökonomie)
- Betriebe zur Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken
- Gastgewerbe, Kantinen
- Wäschereien, Chemische Reinigungen, Näh- und Änderungsateliers
- Entsorgung (Abfallbewirtschaftung)
- Engros-Markt Zürich

210/2014

Gemäss Asylgesetz dürfen Asylsuchende in den ersten drei Monaten nach Einreichung des Asylgesuchs keine Tätigkeit ausüben, darüber hinaus bestehen bundesrechtlich keine grundlegenden Einschränkungen. Dass es auch andere kantonale Praktiken gibt, zeigt der Kanton Graubünden: Hier fördert der Kanton die Erwerbstätigkeit von Asylsuchenden bewusst, sodass knapp 25 Prozent arbeitstätig sind.

Vor diesem Hintergrund ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie erklärt der Regierungsrat die vergleichsweise sehr tiefe Erwerbsquote von Asylsuchenden im Kanton Zürich?
2. Wie viele Arbeitsbewilligungen für Asylsuchende werden durch das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ausgestellt und wie viele abgelehnt?
3. Auf Basis welcher politischen und/oder rechtlichen Grundlage entscheidet das AWA über Gesuche für Arbeitsbewilligungen für Asylsuchende?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Einschätzung, wonach die Erwerbstätigkeit von Asylsuchenden den betroffenen Personen einerseits eine feste Tagesstruktur vermittelt und sie in ihrer Selbstständigkeit fördert und andererseits die Sozialhilfeausgaben der öffentlichen Hand verringert?
5. Ist der Regierungsrat bereit, die gängige Praxis bei der Vergabe von Arbeitsbewilligungen für Asylsuchende zu überdenken?

Daniel Frei